

erschienen in: *newsletter MODERNE. Zeitschrift des Spezialforschungsbereichs Moderne – Wien und Zentraleuropa um 1900. Sonderheft 1: Moderne – Modernisierung – Globalisierung, März 2001, pp. 22-27.*

1 Cf. Csáky, Moritz. Ideologie der Operette und Wiener Moderne. Ein kulturhistorischer Essay. Wien et al.: Böhlau 21998, p. 140.

2 Cf. Eigner, Peter: Die wirtschaftliche Entwicklung der Habsburgermonarchie im 19. Jahrhundert: Ein Modellfall verzögerter Industrialisierung? In: Beiträge zur historischen Sozialkunde 27 (1997), pp. 112-122; Good, David F.: The Economic Lag of Central and Eastern Europe: Evidence from the Late Nineteenth-Century Habsburg Empire. Minneapolis: Center for Austrian Studies 1993 (Working Papers in Austrian Studies 93, 1/7).

3 Cf. Nyíri, Kristóf [J.C.]: Am Rande Europas. Studien zur österreichisch-ungarischen Philosophiegeschichte. Wien, Graz, Köln: Böhlau 1988 (Forschungen zur Geschichte des Donauraumes 9), pp. 68-70, pp. 83-86.

4 Stefan Zweig schreibt in seinen Erinnerungen: »Man lebte gut, man lebte leicht und unbesorgt in jenem alten Wien, und die Deutschen im Norden sahen etwas ärgerlich und verächtlich auf uns Nachbarn an der Donau herab, die, statt ›tüchtig‹ zu sein und straffe Ordnung zu halten, sich genießerisch leben ließen, gut aßen, sich an Festen und Theatern freuten und dazu vortreffliche Musik machten.« (Zweig, Stefan: Die Welt von Gestern. Erinnerungen eines Europäers. Frankfurt/M.: Fischer 1998, p. 40.) Diese Topoi, die den beschaulichen Gang der Dinge in Kakanien im Vergleich zum Deutschen Reich illustrieren sollten, finden sich in ähnlicher Form auch in den Werken von Robert Musil, Joseph Roth und anderen Schriftstellern wieder.

5 Cf. Good, David F.: Der wirtschaftliche Aufstieg des Habsburgerreiches 1750-1914. Wien, Köln, Graz: Böhlau 1986 (Forschungen zur Geschichte des Donauraumes 7), p. 14. – Jászi, Oskar: Der Zusammenbruch des Dualismus und die Zukunft der Donaufürstentümer. Wien: Manz 1918, p. 75f.

6 Jászi, Oskar: The Dissolution of the Habsburg Monarchy. Chicago: Univ. of Chicago Pr. 1929, zit. nach Good 1986, p. 14.

Einleitung

In den Forschungen zur Wiener Moderne wurde im Gegensatz zu den Leistungen auf kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet den sozioökonomischen Rahmenbedingungen in der zentraleuropäischen Region im Allgemeinen weniger Aufmerksamkeit zuteil. Die der künstlerischen Moderne zeitlich vorangehende und parallel dazu in allen Bereichen der Gesellschaft ablaufende Modernisierung und Beschleunigung der Lebenswelt durch Industrialisierung und neue Verkehrsmittel blieb jedoch nicht ohne Folgen für die kulturelle Situation der Donaumonarchie und die Identität ihrer Bewohner. Die ethnische und sprachlich-kulturelle Vielfalt in den Metropolen Zentraleuropas, nicht zuletzt verursacht durch die massiven gesellschaftlichen und ökonomischen Umwälzungen des ausgehenden 19. Jahrhunderts, gab wohl Anlass für Krisen und Konflikte, war aber auch eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Entfaltung des einzigartigen kreativen Milieus der Wiener Moderne.¹

Der wirtschaftliche Rückstand der Habsburgermonarchie und das Versagen ihrer politischen Instanzen, diesen Umstand zu beheben, wurden lange Zeit als gegebene Fakten angesehen und dienten zugleich als Erklärung für den Zerfall des Vielvölkerstaates. Den Kern des Arguments bildete der unbewältigte Konflikt zwischen den Nationalitäten, der als Hemmfaktor der ökonomischen Prosperität betrachtet wurde. Nach dieser These war es des Weiteren erklärlich, dass weder ein anhaltendes Wirtschaftswachstum erzielt, noch die gewaltigen Unterschiede des Entwicklungsstandes in den einzelnen Regionen ausgeglichen werden konnten.²

Das Bild eines in ökonomischer und technischer Hinsicht hoffnungslos rückständigen Kakanien wird nicht selten bis heute in der wissenschaftlichen Literatur zur Geschichte Österreich-Ungarns³ ebenso wie in der zeitgenössischen und gegenwärtigen Belletristik⁴ tradiert.

Forschungslage

Im Gegensatz zur Fülle an Literatur über die politischen und kulturellen Aspekte des Habsburgerreiches sind Forschungsarbeiten über dessen wirtschaftliche Seite vergleichsweise dünn gesät.

In der Zwischenkriegszeit beschränkte sich die Wirtschaftsgeschichte weitgehend auf anekdotische oder polemische Abhandlungen über den Niedergang und den Zerfall der Monarchie. Das Motiv eines in wirtschaftlicher Hinsicht gescheiterten Staates wurde besonders pointiert von dem ungarischen Sozialwissenschaftler Oskar Jászi vertreten, dessen zentrale These lautete, dass das Unvermögen Österreich-Ungarns anhaltendes Wirtschaftswachstum zu erzeugen und sein Zurückbleiben hinter dem Deutschen Reich auch für seinen Untergang als politische Einheit verantwortlich waren.⁵ In seinem 1929 erschienen Werk *The Dissolution of the Habsburg Monarchy* formuliert Oskar Jászi seine Anklage folgendermaßen: »Während das Deutsche Reich [...] ein machtvolleres und in technischer Hinsicht außerordentlich hoch entwickeltes Industriesystem schaffen konnte, [...] wurde Österreich-Ungarn in dem scharfen Konkurrenzkampf der Industrie erfolglos«, und er resümiert: »vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, war die österreichisch-ungarische Monarchie bereits 1913 ein besiehtes Reich, und als solches ging sie 1914 in den Weltkrieg.«⁶

Erst seit Mitte der 1960er Jahre befassten sich v.a. amerikanische Wirtschaftshistoriker verstärkt mit der ökonomischen Entwicklung in Zentral- und Ostmitteleuropa im Lichte analytisch-quantitativer Methoden.

In der Nachkriegszeit wurde das ›Stufen- oder Stadienmodell‹ von Walt W. Rostow, das er in seinem Werk *The Stages of Economic Growth*⁷ präsentierte, in breiten Kreisen der Wirtschaftswissenschaft rezipiert. Dieses basierte auf der Annahme, dass der Übergang zu einem modernen, sich selbst erhaltenden und tiefgreifenden Wachstum an einem deutlichen Bruch in der Wirtschaftsentwicklung eines Landes zu erkennen ist. Dieses Stadium bezeichnete Rostow als »Take-off-Phase«, die durch einen abrupten, innerhalb von zwei bis drei Jahrzehnten stattfindenden Anstieg der Investitionsquote und das Entstehen eines Leitsektors gekennzeichnet ist, und die als Voraussetzung entsprechende gesellschaftliche Rahmenbedingungen benötigt. In der Folge versuchten Wirtschaftshistoriker, in Fallstudien für verschiedene Länder Europas diesen

18 Cf. Eigner, Peter/ Helige, Andrea (Hg.): Österreichische Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. 175 Jahre Wiener Städtische Versicherung. Wien, München: Brandstätter 1999, p. 58, p. 64.

19 Cf. März, Eduard: Österreichische Industrie- und Bankenpolitik in der Zeit Franz Josephs I. Am Beispiel der k.k. priv. Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe. Wien, Frankfurt/M., Zürich: Europa 1968, p. 37.

20 Cf. Good 1986, p. 181.

21 Cf. Sandgruber 1995, p. 236. So führte die »Baumwollkrise« im Zeitraum von 1861 bis 1864 nach Sandgruber zum Abbau von 80% der Stellen in der cisleithanischen Baumwollindustrie, was circa 280 000 Arbeitsplätzen entsprach.

22 Cf. Hobsbawm, Eric: The Age of Capital 1848-1875. London: Abacus 1998, p. 55.

23 Cf. Sandgruber 1995, p. 243f.

24 Cf. Matis, Herbert/ Bachinger, Karl: Österreichs industrielle Entwicklung. In: Brusatti 1973, p.124f., p. 145.

25 Cf. Matis, Herbert: Österreichs Wirtschaft 1848-1913. Konjunkturelle Dynamik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter Franz Josephs I. Berlin: Duncker & Humblot 1972, p. 423. Nach Matis wurden während des Zeitraumes 1866 bis 1873 1011 Millionen Gulden in neu gegründete Unternehmen investiert, von 1874 bis 1900 dagegen nur 374,4 Millionen Gulden.

26 Sandgruber 1995, p. 248ff.

lution hoch zu veranschlagen. Die Eisenbahnen und Dampftransportschiffe beförderten fossile Energieträger und Agrarprodukte in großen Mengen in die Zentren und schufen damit die Voraussetzungen für die Entstehung eines gemeinsamen Marktes.¹⁸

Um den Kapitalbedarf der Industrie zu befriedigen, wurde die Gründung von Aktienbanken nach dem Vorbild des französischen *Crédit Mobilier* notwendig. 1853 etablierte sich mit Hilfe der Privatbankiers Eskeles und Brandeis-Weikersheim die Niederösterreichische *Escompte-Gesellschaft*. Als Reaktion auf den Versuch der Brüder Pereire in Österreich ein Zweigunternehmen ihres *Crédit Mobilier* einzurichten errichtete das Haus Rothschild 1855 mit Hilfe mehrerer Adelige – u.a. des Fürsten Schwarzenberg – die *Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe*, die mit einem gigantischen Grundkapital von 100 Millionen Gulden ausgestattet war. Das Ausmaß ihrer Kapitalbasis erlaubte es der *Credit-Anstalt*, ihre Tätigkeit über das reguläre Geschäft einer Handelsbank hinaus auf langfristige Kreditgeschäfte und die Gründung von Industrieunternehmen auszudehnen.¹⁹

Die österreichische Bankenlandschaft wurde in der folgenden Zeit durch mehrere von ausländischen Geldgebern finanzierte Institute bereichert. In den frühen sechziger Jahren wurden zwei dieser Aktienbankprojekte verwirklicht – im Jahr 1863 die *Bodencreditanstalt* mit Hilfe französischen Kapitals und ein Jahr später die *Anglo-Österreichische Bank* mit Hilfe von englischem Kapital.²⁰

Das ausschlaggebende Element für die konjunkturelle Aufwärtsbewegung war der Eisenbahnbau, der nach der im Jahre 1854 begonnenen Privatisierung bis in die sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts große Fortschritte machte. Vom Ausbau des Streckennetzes profitierten nicht nur Bauwirtschaft und Eisenindustrie, sondern auch die neu entstehende Maschinenindustrie und der Kohlebergbau. Das sich rapid beschleunigende Ausmaß der industriellen Revolution drückt sich in der Zunahme sowohl des Gütertransports als auch der Personenbeförderung per Eisenbahn aus. Während das Gütervolumen zwischen 1848 und 1873 von 1,5 auf 41 Mio. Tonnen stieg, wuchs die Zahl der Reisenden von 3 auf 43 Mio. an.²¹ Ebenfalls eindrucksvoll ist die Steigerung der Kapazitäten im Bereich der Dampfkraftmaschinen, die im technisch-industriellen Zeitalter als Gradmesser wirtschaftlichen Erfolgs galten: Die Zahl der fest installierten Dampfmaschinen auf dem Territorium der Monarchie verfünffachte sich innerhalb zweier Jahrzehnte von 671 (1852) auf 9160 (1875).²²

Das Habsburgerreich sah sich in den 1860er Jahren jedoch mit außenpolitischen Auseinandersetzungen, die in kriegerische Konflikte mündeten, einer Reihe von schlechten Ernten sowie dem Ausfall der nordamerikanischen Baumwollimporte während des US-Bürgerkrieges konfrontiert. Diese Faktoren trafen die österreichische Wirtschaft zumindest vorübergehend empfindlich und führten zu krisenhaften Rückschlägen.²³

Trotz der unglücklich verlaufenen außenpolitischen Auseinandersetzungen, und obwohl der Ausgleich mit Ungarn den Einfluss österreichischer Firmen in der transleithanischen Reichshälfte schwächte, machte die wirtschaftliche Entwicklung in den Jahren nach 1867 gute Fortschritte. Mit dem Ausbau des Eisenbahnnetzes verzeichnete die österreichische Eisenindustrie trotz starker Konkurrenz aus dem Ausland einen bedeutenden Aufschwung, und die Einführung neuer Stahlerzeugungstechniken (u.a. der Verfahren nach Siemens-Martin und Gilchrist-Thomas) führte nicht nur zu beachtlichen Produktionszuwächsen, sondern auch zu einer Reihe eigenständiger Entwicklungen und Verbesserungen auf diesem Sektor.²⁴

An der Wiener Börse wurde in den folgenden Jahren die Spekulation in Aktien- und Rentenspapieren durch die unzähligen Firmengründungen²⁵ und den Kapitalzustrom, der durch die Veranlagung französischer Reparationszahlungen seitens des Deutschen Reiches entstand, immer weiter angeheizt. Der aus dem übertriebenen Boom der Gründerzeit resultierende Börsenkrach von 1873 konnte zwar trotz seines verheerenden Ausmaßes die wirtschaftliche Expansion nur vorübergehend hemmen, hatte aber tiefgreifende Auswirkungen auf die Mentalität der Menschen und läutete das Ende der kurzen Blüte des Liberalismus ein. Nicht zuletzt als Folge der wirtschaftlichen Depression und des Niedergangs des Liberalismus entstanden die neuen politischen Massenbewegungen. Antikapitalismus und Antisemitismus fanden einen reichen Nährboden, und das Streben nach Sicherheit sowie kleingewerbliches Denken bestimmten die Regierungspolitik, die in Verstaatlichung der Eisenbahn, Einführung von Schutzzöllen und Wiedereinschränkung der Gewerbefreiheit das Patentrezept zur Bewältigung der Krise sah.²⁶

27 Cf. 100 Jahre im Dienste der Wirtschaft. Eine Festschrift. Hg. v. Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau. Bd. 1. Wien 1961, p. 157.

Hier ist auch auf den heute kaum mehr bekannten Industriellen Karl Wittgenstein (den Vater des Philosophen Ludwig Wittgenstein) hinzuweisen, dem es im Zeitraum von 1878 bis 1898 gelang, große Teile der österreichischen Stahlindustrie unter seine Kontrolle zu bringen und damit das um die Jahrhundertwende bedeutendste Firmenimperium der Monarchie zu schaffen. – Cf. Bramann, John K./ Moran, John: Karl Wittgenstein, Business Tycoon and Art Patron. In: Austrian History Yearbook, XV-XVI (1979/80), pp. 107-124.

28 Cf. Eigner/ Helige 1999, p. 79f.

29 Cf. Banik-Schweitzer, Renate: Metropolen des 19. Jahrhunderts (mit einigen Ausblicken auf ihre Weiterentwicklung). In: Bericht über den Neunzehnten Österreichischen Historikertag in Graz in der Zeit vom 18. bis 23. Mai 1992. Graz: Verb. Österr. Historiker u. Geschichtsvereine 1993 (Veröff. d. Verbandes Österr. Historiker u. Geschichtsvereine 28), p. 231.

30 Cf. Eigner/ Helige 1999, p. 98.

31 Cf. Sandgruber 1995, p. 277f. Österreich verwendete als erster Staat (zeitgleich mit den USA) zur Auswertung großer Datenmengen die Lochkartenmaschine, die 1891 von Otto Schöffler entwickelt worden war.

32 Cf. Gerschenkron, Alexander: An Economic Spurt that Failed. Four Lectures in Austrian History. Princeton: Princeton UP 1977, p. 24f.

33 Cf. Eigner/ Helige 1999, p. 121. Österreich lag z.B. im Jahr 1913 beim Pro-Kopf-Einkommen nur 11% hinter Deutschland und mit Frankreich bereits gleichauf.

34 Cf. Sandgruber 1995, p. 310.

Aufbruch in die Moderne

In den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts änderten sich die industriellen Strukturen tiefgreifend: Die Fusionierung und die Konzentration zu Großbetrieben schritt in den einzelnen Branchen rasch voran, es kam zur Bildung von Kartellen (Preisabsprachen) in der Eisenindustrie²⁷ und in der Folge auch in anderen Industriezweigen. Die direkte Einflussnahme des Staates als »sichtbare Hand« (im Gegensatz zur »unsichtbaren Hand« der Marktkräfte) durch Subventionen, stabilitätspolitische Eingriffe sowie gezielte Verstaatlichung und Kommunalisierung im Infrastrukturbereich wurde intensiviert.²⁸

In den 1890er Jahren setzte ein lang anhaltender Aufschwung ein, den man auch als »Zweite Gründerzeit« bezeichnet: Neue Produktionszweige, wie die Großchemie, die elektrotechnische Industrie und der Fahrzeugbau, gaben Impulse zur Entstehung teilweise recht beachtlicher Großbetriebe. Am Beginn des 20. Jahrhunderts existierten in Wien acht Firmen der Elektroindustrie, die tausend und mehr Beschäftigte zählten, aber zum Großteil durch ausländische Konzerne, wie *Siemens-Schuckert* oder AEG, gegründet worden waren oder unter deren Einfluss standen.²⁹ Aufgrund des stetig steigenden Energiebedarfes der Industrien, der durch die Kohlevorkommen allein nicht mehr gedeckt werden konnte, wurde die Exploration neuer Rohstoffquellen vorangetrieben, insbesondere durch den Ausbau der Wasserkraftgewinnung in den Alpen und die Förderung von Erdöl in Galizien.³⁰

Ein weiterer Indikator für die akzelerierte Modernisierung ist die rasch zunehmende Verdichtung der Kommunikationssysteme, die um die Jahrhundertwende die gesamte Monarchie in einem engmaschigen Netz von Telegraphen- und Telefonleitungen erfassten. Das führte nicht nur zu einer immensen Beschleunigung des Informationsflusses, die eines der Kennzeichen der Moderne ist, sondern auch zum Entstehen neuer Berufsbilder und zum Vordringen weiblicher Angestellter in Betrieben und Ämtern.³¹

In den Jahren nach 1900, nachdem eine kurze Rezession überstanden war, besserte sich die ökonomische Situation der Habsburgermonarchie spürbar. Die Wachstumsraten der Wirtschaft übertrafen die anderer europäischer Staaten deutlich, und der internationale konjunkturelle Aufschwung von 1904 bis 1908 war in Österreich besonders ausgeprägt. Unter dem Kabinett Ernest v. Koerber (1900-1904) kam es zu einer Reihe von vielversprechenden Modernisierungsansätzen, die u.a. die Eindämmung der Nationalitätenstreitigkeiten, strukturfördernde Maßnahmen und ein umfangreiches Programm zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur vorsahen. Der *Koerber-Plan* intendierte den Bau neuer Bahnlinien im österreichischen Hinterland und – als Kernstück des Programmes – eine direkte Schienenverbindung von Prag und Triest über Linz und Salzburg. Daneben enthielt er Projekte zur Erschließung der Wasserverkehrswege und Kanäle, insbesondere der Verbindung zwischen Donau und Oder.³²

Die staatliche Investitionspolitik unter dem Kabinett Koerber hatte trotz vieler letztlich fehlgeschlagener und nie verwirklichter Vorhaben positive Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Situation und war mit verantwortlich dafür, dass Österreich – ungeachtet seines hohen agrarischen Anteils – in vielen Bereichen am Vorabend des Ersten Weltkrieges an den Standard der westeuropäischen Industriestaaten heranreichte.³³

Resümee

Die aus den verschiedensten Motiven heraus langlebige Hypothese von der österreichisch-ungarischen Monarchie als einem wirtschaftlich rückständigen Staatsgebilde ist durch die Forschungsergebnisse in den letzten Jahrzehnten eindeutig widerlegt worden. Sie beruhte zu einem nicht geringen Teil auf der Gleichsetzung von politischer Instabilität, die durch die vielen Nationalitätenkonflikte und Regierungskrisen hervorgerufen worden war, mit dem ökonomischen Versagen der Doppelmonarchie, die oft mit den abschätzigen Schlagworten »China Europas« oder »kranker Mann an der Donau« charakterisiert wurde.³⁴

Die wirtschaftliche Prosperität und die florierende Konjunktur in den beiden letzten Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg vermochten nur bedingt eine stabilisierende Wirkung auf den krisengeschüttelten Vielvölkerstaat auszuüben. Die nachhinkenden Gebiete im Osten der Monarchie fühlten sich in ökonomischen und sozialen Belangen diskriminiert, währenddessen sich in den böhmisch-mährischen Industriezentren das Gefühl, in politischer Hinsicht übergangen zu werden, ausbreitete. Damit kann die Auflösung der Doppelmonarchie nicht in erster Linie auf wirtschaftliche Gründe zurückgeführt werden, sondern hängt wohl eher mit strukturellen



35 Cf. Eigner 1997, p. 122.

36 Hertz, Friedrich: *The Economic Problem of the Danubian States. A Study in Economic Nationalism*. London: Gollancz 1947, p. 51. (Zit. n. Good 1986, p. 14).

37 Cf. Komlos, John: Eine Theorie der industriellen Revolution. In: *Magie der Industrie. Leben und Arbeiten im Fabrikszeitalter*. Kat. d. NÖ Landesausstellung 1989. München: Oldenbourg 1989, p. 224f.

Disparitäten und den Anachronismen des politischen Systems zusammen.³⁵ Obwohl der Habsburgerstaat in mancher Hinsicht vom »idealtypischen« Modellfall der ökonomischen Modernisierung abwich, war er aber doch ohne Zweifel auf einem der vielen möglichen Wege in die moderne Industriegesellschaft vorangeschritten.

Im Gegensatz zur eingangs zitierten Meinung von Oskar Jászi und trotz des regional unterschiedlich ausgeprägten Entwicklungsgrades der Industrialisierung war die österreichisch-ungarische Monarchie jedoch ein funktionierender Wirtschaftsraum. Friedrich Hertz, der namhafte Soziologe und Wirtschaftshistoriker, spricht in seinem 1947 erschienen Werk *The Economic Problem of the Danubian States* von der »großen wirtschaftlichen Leistung« Österreich-Ungarns, »die niemals entsprechende Anerkennung gefunden hat«, und bedauert die Zerschlagung dieser gewachsenen Einheit, denn »die Vorteile der Wirtschaftsgemeinschaft waren überwältigend«.³⁶

Der Zerfall – oder besser die Zertrümmerung – des gemeinsamen Wirtschaftsraumes und Marktes als Folge des Ersten Weltkrieges versetzte nicht nur der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung der Republik Österreich, sondern der gesamten Region einen schweren Schlag, von dem sie sich auf viele Jahrzehnte hinaus nicht erholen sollte.³⁷ Nach dem Scheitern alternativer Konzepte, wie der Donauföderation, und den Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft sind die aus der Monarchie hervorgegangenen Staaten erst am Ende des 20. Jahrhunderts wieder auf dem Weg dahin, gemeinsame wirtschaftliche Konzepte zu verwirklichen.



Mag. phil. Josef Schiffer, geb. 1966, Studium der Geschichte und Deutschen Philologie an der Karl-Franzens-Universität Graz. Diplomarbeit über die Rezeption von Agrarliteratur in der Steiermark des 19. Jahrhunderts. 1992-1994 Tätigkeit als Lektor für die Wittgenstein Edition *Wiener Ausgabe* in Cambridge, Wien und Graz. 1995-2001 Projektmitarbeiter im SFB *Moderne* mit dem Forschungsschwerpunkt *Mäzenatentum und institutionelle Kulturförderung um 1900* am Beispiel von Zentren 2. Ordnung (insbes. Graz). Kontakt: schiffer@gewi.kfunigraz.ac.at